

stets aktuell informiert unter www.seniorenunion-bw.de

Freitag, 10. April 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Mitglieder und Freunde der Senioren-Union,
nachstehend erhalten Sie per E-Mail die

5. Ausgabe des Senioren-Reports.

Für Inhalt und Gestaltung verantwortlich:

Dr. Heinz-Theo Niephaus, Pressereferent pressereferent@seniorenunion-bw.de

Claus Bernhold, Internetbeauftragter internet@seniorenunion-bw.de

im Landesvorstand der Senioren-Union Baden-Württemberg



Landesverband Senioren-Union Baden-Württemberg

30 Jahre Senioren-Union Baden-Württemberg

Jubiläumsfeier mit

Ministerpräsident Günther H. Oettinger MdL in Freiburg

Hellwach! Unter diesem Motto standen bereits Ende der 1970er Jahre die Überlegungen einiger CDU-Mitglieder, die damals schon erkannten, dass der Anteil der Senioren in der Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten erheblich zunehmen und dies auch Auswirkungen auf die Struktur in den politischen Parteien haben werde. Deswegen sei eine politische Interessenvertretung der Senioren immer dringlicher.



Nach ersten Zusammenschlüssen von Mitgliedern ab 60 Jahren in einigen CDU-Kreisverbänden kam es dann im März 1979 in Freiburg zur Gründung der Senioren-Union auf Landesebene. Solidarität zwischen Jung und Alt war damals schon ein wesentlicher Grundwert im Umgang miteinander, dies im Sinne eines Generationenvertrags. Ihn weiter zu entwickeln und Brücken zwischen den Generationen zu bauen, ist nach wie vor eine wichtige Voraussetzung für die Zukunft unserer Gesellschaft.



Man war sich damals schon einig: „ Unsere CDU braucht beides: Den Schwung, den Elan und die Begeisterung der Jugend, beispielsweise in der Jungen Union, sowie den Erfahrungsschatz und die Kompetenz der Älteren, wie sie derzeit in der Senioren-Union vorhanden sind“, erinnert sich der Landesvorsitzende Prof. Dr. Wolfgang Frhr. von Stetten.



Dass sich die Senioren-Union als Interessenvertretung der älteren Menschen versteht und zunehmend Themen aufgreift, ist selbstverständlich. Dazu gibt es zahlreiche Beispiele, wie sie sich treffend artikuliert. Dabei ist nicht daran gedacht, eine Politik zu fordern, die in eine „Altenrepublik“ führt, sondern dem Gedanken folgt, generationenübergreifend Politik zu gestalten und eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Jung und Alt weiter zu entwickeln.



Die Gruppe der Senioren ist sehr heterogen mit vielfältigen Erfahrungen, die sie immer noch im positiven Sinne einbringen kann. Ein Drittel der Senioren trägt durch umfangreichen ehrenamtlichen Einsatz sehr zum Nutzen der Gesellschaft - auch in ökonomischer Sicht - bei. Eine beachtliche Leistung!



Der Anteil der älteren Menschen in der Gesellschaft ist deutlich gestiegen. Damit hat auch das politische Gewicht der Senioren zugenommen. Dies nahm der Landesvorsitzende zum Anlass, auf die Wahrnehmung des Wahlrechts durch Senioren hinzuweisen. „Gehen Sie im Superwahljahr 2009 zu den Wahlurnen; denn wir Senioren müssen uns einbringen, um unserem Gewicht entsprechend die politische Willensbildung zu beeinflussen“, hob der Landesvorsitzende Wolfgang v. Stetten aus aktuellem Anlass abschließend hervor.

Landesverband Senioren-Union Baden-Württemberg

Ein ganz besonderer Tag

Vorstandssitzung der Senioren-Union Baden-Württemberg zum 30jährigen Jubiläum

Vor der Jubiläumsfeier zum 30jährigen Bestehen der Senioren-Union Baden-Württemberg traf sich der Landesvorstand zu einer Sitzung, um letzte Vorbereitungen zur Feier zu treffen, aber auch, um aktuelle Themen zu besprechen.



Einen wichtigen Punkt nahm, wie bei jeder Sitzung, die aktuelle politische Lage ein. Der Vorsitzende griff einige wesentliche Punkte auf, die vom Gremium lebhaft diskutiert wurden.



Zur Wirtschaftskrise waren sich die Teilnehmer einig, dass die Struktur unserer Wirtschaftsordnung, die soziale Marktwirtschaft, unbedingt erhalten bleiben müsse. Dabei kamen Gedanken zum Ausdruck, dass solides Wirtschaften ohne Schulden die Senioren in der Vergangenheit vorgemacht hätten und die ältere Generation Garant für Marktwirtschaft und Stabilität sei.

Vieles, was derzeit im politischen Tagesgeschäft zur Sprache kommt, ist bereits Ausfluss eines vorgezogenen Wahlkampfes. Der Vorsitzende lobte die Politik des Austarierens von Bundeskanzlerin Merkel. Er erinnerte daran, dass die Große Koalition nur über eine Mehrheit von zwei Stimmen verfüge. Daher rief er die Union mit Blick auf den kommenden Wahlkampf zur Geschlossenheit auf. Eine diesbezügliche Pressemitteilung hatte der Vorstand ja bereits im März d.J. veröffentlicht. Die Gefahr, dass die SPD mit den Linken zusammengehen werde, ist einfach zu groß, hob Dr. Wolfgang v. Stetten noch einmal hervor. Darin war man sich einig.



Ausgiebig wurde über den bevorstehenden Wahlkampf gesprochen. Der Landesvorsitzende bot an, sich in den Wahlkampf einzubringen. Ende August stehe er zur Verfügung.

Auch wurde der Vorschlag gut geheißen, im Wahlkampf gemeinsame Veranstaltungen von Senioren-Union und Junger Union zu machen. Da sollte die Landesgeschäftsstelle als Clearingstelle dienen.

Bezirksverband Württemberg Hohenzollern Kreisverband Sigmaringen



Gesundheitsreform auf dem Prüfstand Annette Widmann-Mauz verteidigt Reform

Sigmaringen. Die Große Koalition hätte eine große Reform ermöglichen sollen. Herausgekommen ist ein Kompromiss auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Das sagte die Bundestagsabgeordnete Annette Widmann-Mauz, die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Sigmaringen. Eingeladen hatten zu dieser Podiumsdiskussion unter dem Thema „Gesundheitsreform auf dem Prüfstand“ der Bundestagsabgeordnete Thomas Bareiß und die CDU-Seniorenunion des Kreises Sigmaringen.

Widmann-Mauz stellte die Gerechtigkeit in den Mittelpunkt, den der Gesundheitsfond erreichen sollte. Notwendig sei eine Generationen-Gerechtigkeit. Man dürfe die nicht vergessen, die das Land aufgebaut haben, aber auch die jungen Menschen nicht so belasten, dass sie selbst keine Vorsorge mehr treffen können. Es gehe auch um den Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Regionen und zwischen den Leistungserbringern. Dem dienten auch der Risikostrukturausgleich und der Einkommensausgleich. Die Politik habe dafür gesorgt, dass die Krankenkassen schuldenfrei wurden, jetzt Überschüsse erzielen und Rücklagen bilden können. Man habe die Pflicht zur Krankenversicherung eingeführt, kein Mitbürger dürfe mehr ohne Krankenversicherungsschutz sein.

Roland Sing, Vizepräsident des Sozialverbandes VdK Deutschland und Vorsitzender des Landes-seniorenrats, sprach von den Auswirkungen der Gesundheitsreform auf die Patienten. Er bedauerte, dass viel Vertrauen in das Gesundheitssystem verloren gegangen sei. Zwar sei ein leistungsfähiges Gesundheitswesen vorhanden, die Diskussionen verunsicherten aber die Patienten. Sing zweifelte die Notwendigkeit des Gesundheitsfonds an, ein Ausgleich unter den Kassen wäre auch so möglich gewesen.

Roland Beierl, AOK-Geschäftsführer von Bodensee-Oberschwaben, der durchaus Positives an der Reform sah, bezeichnete das Gesundheitswesen als großes Haifischbecken, jeder Partner wolle den größten Teil an sich ziehen. Insgesamt reichten die Mittel des Gesundheitsfonds aus. Verteilungsgerechtigkeit und ein ordnungspolitischer Rahmen seien aber wichtig.

Die Veranstaltung wurde von Thomas Bareiß eröffnet, von Markus Schleicher geleitet und vom Kreisvorsitzenden der Seniorenunion, Josef Briem, beendet.

Landesverband Senioren-Union Baden-Württemberg

Hände weg von Angela Merkel

Keinerlei Verständnis zeigt der Landesvorsitzende der Senioren Union in Baden-Württemberg, Dr. Wolfgang v. Stetten, für die zunehmende und meist unqualifizierte Kritik an der Bundeskanzlerin Angela Merkel.

„Anstatt Geschlossenheit zu zeigen in einer schwierigen Situation, betreiben wir das sozialdemokratische Lustspiel der Selbstzerfleischung. Angela Merkel hat die CDU 1998/1999, als diese im tiefen Tal der Tränen war und Umfragewerte zwischen 20 % und 25 % hatte, wie sie derzeit die Sozialdemokraten haben, aus dieser Situation herausgeholt und mit einer großartigen Leistung Deutschland international, aber auch national, repräsentiert“, sagte v. Stetten.

Wer Kritik übe, dürfe nicht vergessen, dass wir in einer großen Koalition sind mit 49 % Sozialdemokratischen Abgeordneten. Hier sind, ob wir es wollen oder nicht, auch von CDU-Seite aus schmerzliche Kompromisse notwendig, um überhaupt voran zu kommen.

„Wer jetzt an der Bundeskanzlerin herumrörgelt, verhindert, dass es im kommenden September wieder zu einer vernünftigen Koalition zwischen CDU/CSU und FDP kommt. Deswegen: Hände weg von Frau Merkel. Unsere Gegner sind die Sozialdemokraten, die Grünen und die Linken“, so Dr. v. Stetten.

Bezirksverband Südbaden

Donaueschinger OB bei CDU-Senioren

Starke Kommunen in einem starken Baden-Württemberg

Dies war das zentrale Thema der Sitzung des Bezirksvorstandes der Senioren-Union Südbaden in Bräunlingen/Schwarzwald-Baar-Kreis. Hierzu konnte der Bezirksvorstand Herrn Oberbürgermeister Thorsten Frei aus Donaueschingen gewinnen. OB Frei ist Landesvorsitzender der KPV und stellv. Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg. Er sprach deshalb nicht nur über die kommunalen Aufgaben und Ziele, sondern referierte auch über die gesamte Bandbreite der Landes- und Bundespolitik. Das Jahr 2009 ist ein entscheidendes Wahljahr, da am 07. Juni in Baden-Württemberg die Kommunalwahlen und die Europawahl stattfinden. Besonders mit der Europawahl werden wichtige Weichen für Europa gestellt. Unter anderem geht es um die Erweiterung in Osteuropa, das EU-Haushaltsrecht und mehr Demokratie für Europa.



Frei ging sehr ausführlich auf die Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Folgen ein. Es ist die tiefgründigste Rezession der letzten 70 Jahre, ausgelöst durch die „Immobilienblase“, die in den USA geplatzt ist und sich weltweit zu einer verheerenden Krise ausgebreitet hat, deren Ende noch nicht absehbar ist. Das schnelle Handeln der Bundesregierung bei der Finanzkrise wertete OB Frei als notwendige und richtige Entscheidung. Durch die internationale Abstimmung konnte größerer

Schaden verhindert werden. Im Gegensatz zu den USA und anderen Ländern haben wir in der Bundesrepublik durch die Privatbanken, die Genossenschaftsbanken und Sparkassen ein relativ sicheres Finanzsystem. Bei der Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise sollte man jedoch nicht glauben, dass „alles Heil vom Staat aus geht“. Vielmehr sollten wir uns auf die „Soziale Marktwirtschaft“ zurückbesinnen. Dem „freien Spiel der Kräfte“ müsse man allerdings in einer solch schwierigen Lage durch die Politik Regeln vorgeben.

In seiner Eigenschaft als Kommunalpolitiker stellte OB Frei fest, dass in der derzeitigen Situation die Landkreise und Gemeinden sehr stark davon berührt sind. Er warnte vor blinden Investitionen. Man sollte im Einzelfall genau überlegen, wo man das Geld ausgibt und keinesfalls das Augenmaß verlieren. Als wichtige und vordringliche Zukunftsinvestitionen erwähnte er Bildung, Erziehung und Betreuung. Das Land BW hat z.B. für Bildung und Betreuung 531 Millionen Euro bereitgestellt. 90.000 Lehrer unterrichten an den öffentlichen Schulen, so viele wie nie zuvor. Das Lehrer-Schülerverhältnis ist 1 : 16. Die Schulabbrecherquote liegt bei nur 5,9 % und die

Jugendarbeitslosenzahl bei 4,0 %. Eine Bilanz, die sich wirklich sehen lassen kann. Als Ziel wird bei den Schulen ein Klassenteiler von 28 Schüler angestrebt. Dadurch wird auch die Betreuungsintensität verbessert. Zusätzliche Kosten für diese Verbesserungen fallen jedoch nicht nur beim Land an, sondern vor allem auch bei den Kommunen.

OB Frei nahm auch zur Bundespolitik Stellung. Er mahnte die Regierung und die Abgeordneten, verantwortungsvoll mit den Ressourcen und dem Geld umzugehen. Trotz einer in dieser Höhe noch nie erreichten Steuereinnahme, hat es die Bundesregierung im Jahre 2008 nicht geschafft, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Hier mangelte es an fehlender Disziplin. Das, was wir uns heute leisten, sollten wir auch finanzieren können, so der Appell des Referenten an die Verantwortlichen im Bund.



In diesem Zusammenhang nannte er als positives Beispiel das Land Baden-Württemberg.

Dem Vortrag schloss sich eine ausführliche Aussprache an. Ausgiebiger Diskussionspunkt war u.a. das Thema „Zukunft der Hauptschule“. Hier wurde das Eckpunktepapier Werkrealschule der Landesregierung als zu-

kunftsweisende pädagogische Innovation begrüßt. Anhand von bereits praktizierenden Modellen im südbadischen Bereich wurden die Vorzüge dieses neuen Konzeptes erläutert und festgestellt, dass damit die zweizügige Hauptschule attraktiv wird und es die Schullandschaft in Baden-Württemberg grundlegend voranbringt.

Der Vorsitzende, Dr. Nothhelfer, bedankte sich sehr herzlich bei Oberbürgermeister Thorsten Frei für seinen ausgezeichneten Vortrag und wünschte dem agilen und kompetenten Kommunalpolitiker weiterhin viel Erfolg

Bezirksverband Nordwürttemberg Kreisverband Main-Tauber

Staufermedaille für Werner Keppner, Kreisvorsitzender der Senioren-Union Main-Tauber aus Lauda-Königshofen

Minister Prof. Dr. Wolfgang Reinhart: Jahrzehntlanges vor-bildliches Engagement in Beruf und Ehrenamt

Leidenschaftlicher Lehrer und Vorbild für die junge Generation

18.02.2009 Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums, Prof. Dr. Wolfgang Reinhart, hat Werner Keppner aus Lauda-Königshofen die ihm von Ministerpräsident Günther H. Oettinger zuerkannte Staufermedaille des Landes überreicht. „Werner Keppner hat sich neben seiner engagierten Tätigkeit als Realschullehrer in besonderem Maße durch seine jahrzehntelange ehrenamtliche Arbeit zugunsten humanitärer Projekte, der Kommunalpolitik sowie auch der Kultur in Baden-Württemberg große Verdienste um unser Gemeinwohl erworben“, betonte Minister Prof. Dr. Wolfgang Reinhart anlässlich der Überreichung am Mittwoch (18. Februar 2009) in Königshofen.



„Sie waren ein leidenschaftlicher Lehrer, der ebenso geachtet wie auch beliebt war. In Ihrem Beruf haben Sie Maßstäbe gesetzt und waren Vorbild für die junge Generation, indem Sie immer ganz besonderen persönlichen Einsatz gezeigt haben“, lobte Reinhart. So habe der ehemalige Realschullehrer Keppner 1976 die weithin bekannte „Junge Gilde“ gegründet und sich gemeinsam mit ehemaligen Realschülerinnen und -schülern für humanitäre Projekte stark gemacht. „In besonderer Erinnerung bleibt dabei der traditionelle Bananenverkauf im Rahmen von Jugendfastenaktionen. Es war Ihnen ein großes Anliegen durch den Erlös dieser Aktionen Projekte in der Dritten Welt zu fördern. Dieser vorbildliche Einsatz verdient besonderen Dank und Anerkennung“, erklärte der Minister.

Keppners Engagement habe sich weit über den beruflichen Bereich hinaus erstreckt. Gerade auf dem Gebiet der Kommunalpolitik habe er sich mit viel Sachverstand wie auch politischem Gespür eingebracht, betonte Minister Reinhart. So sei Werner Keppner bis heute als Stadtrat in seiner Heimat aktiv. „In seiner Tätigkeit als Stadtrat war es für Werner Keppner immer eine Selbstverständlichkeit, sich ohne Wenn und Aber in den Dienst des Gemeinwesens zu stellen“, sagte der Minister. Darüber hinaus habe er sich im Main-Tauber-Kreis von 1999 bis 2004 als Kreisrat engagiert. Im Bereich der Parteipolitik habe sich Keppner in vielfältiger Weise persönlich eingesetzt und sich unter anderem als Ortsvorsitzender der Senioren-Union in seiner Heimatstadt und als Kreisvorsitzender der Senioren-Union für die Interessen der älteren Generation stark gemacht. „Die Parteien sind darauf angewiesen, dass sich erfahrene und motivierte Bürgerinnen und Bürger engagieren und an der politischen Willensbildung mitwirken“, erklärte Minister Prof. Dr. Wolfgang Reinhart.

Aber auch die lokale Kultur sei Keppner ein großes Anliegen gewesen, erklärte der Minister. Auf seine Initiative hin sei der Heimat- und Kulturverein Phönix entstanden, für den er sich ebenso wie für andere kulturelle und geschichtliche Projekte in Lauda-Königshofen in vielfältiger Hinsicht engagiert habe. „Mit all dem, was Werner Keppner zur Kultur vor Ort initiiert, organisiert und insbesondere auch in den verschiedensten Veröffentlichungen publiziert hat, hinterlässt er bedeutende Spuren“, sagte der Minister Reinhart.

„Was mich an Ihnen von Anfang an beeindruckt hat, ist Ihre tiefe Verankerung in Familie, Beruf und Ehrenamt“, betonte Minister Prof. Dr. Wolfgang Reinhart. „Im Namen von Ministerpräsident Oettinger danke ich Ihnen für Ihre großen Verdienste mit der Staufermedaille des Landes Baden-Württemberg.“

Bezirksverband Nordwürttemberg **Kreisverband Rems-Murr**

Ziele und Hintergründe der Konjunkturpolitik der Bundesregierung **Norbert Barthle MdB zu Gast bei der Seniorenunion der CDU Backnang**

Der Kreisvorsitzende der Senioren Union der CDU, Wolff-Eberhard von Hennigs hatte unseren Bundestagsabgeordneten Norbert Barthle eingeladen für einen Vortrag zu dem Thema "Hintergründe, Umfang und Ziele der Konjunkturpakete der Bundesregierung". Einen kompetenteren Gesprächspartner kann man kaum gewinnen, ist Barthle doch Mitglied des Haushaltsausschusses, in dem die wesentlichen Aspekte der Konjunkturpolitik beraten und letztendlich entschieden werden.

Barthle berichtete davon, dass die Politik in den letzten Monaten von der wirtschaftlichen Entwicklung buchstäblich überrollt wurde. Besonders schwierig für eine Beurteilung der Lage war die bisher einmalige Entwicklung. Wenn heute von einer Weltwirtschaftskrise die Rede ist und oftmals auf die große Krise um 1930 herum verwiesen wird, ist die Gegenwart keineswegs mit jener historischen Krise zu vergleichen. Die Ursachen waren damals völlig anders, und das Instrumentarium zu ihrer Bewältigung war um 1930 noch völlig unterentwickelt. Auch waren die politischen Rahmenbedingungen damals nicht vergleichbar zu heute.

„Ein schnelles und umsichtiges Handeln der Bundesregierung war dringend notwendig.“, hob Norbert Barthle hervor. Im Mittelpunkt stand deshalb im Spätherbst des Jahres 2008 als erstes, durch Bundesbürgschaften für die Banken im Umfang von 480 Mrd. Euro zu verhindern, dass diese eventuell insolvent wurden und damit das Kreditwesen und das so wichtige Vertrauen in der Wirtschaft verloren ging. Genau so wichtig war, die Einlagen der Sparer zu sichern.

Weitere, auch weltweit schlechte Nachrichten aus der produzierenden Wirtschaft veranlassten die Bundesregierung noch vor Weihnachten 2008 und dann im Januar 2009, Konjunkturprogramme zur Ankurbelung der Binnennachfrage aufzulegen. Dazu gehören Steuerbefreiungen für schadstoffarme Neuwagen, eine Abwrackprämie für Altfahrzeuge in Höhe von 2500 Euro je Wagen und vorgezogene Investitionen in die Infrastruktur, wie beispielsweise den Straßenbau und die Sanierung öffentlicher Gebäude. Insgesamt kommt man auf einen Betrag von 90 Mrd. Euro, rechnet man die Rückzahlung der Pendlerpauschale ab 2007 nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts hinzu. Dies entspricht einem Anteil von etwa 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und ist vergleichbar demjenigen anderer Länder, so auch den USA.

Dann sprach Norbert Barthle ein für ihn besonders wichtiges zentrales Thema an: „Es muss eine Schuldenbremse im Grundgesetz für Bund und Länder eingebaut werden“. Da zeichnet sich inzwischen eine Lösung ab, die Länder sollen ab 2020 keine Schulden mehr machen dürfen, der Bund höchstens 8,5 Milliarden. Die Schulden aus den Konjunkturprogrammen sollen in einen Schuldentilgungsfonds kommen, in den u.a. Gewinne der Bundesbank zur Tilgung einfließen sollen.

In der anschließenden Diskussion zum Konjunkturprogramm kam immer wieder die Sorge der Verschuldung künftiger Generationen zum Ausdruck, insbesondere die Frage, ob sichergestellt sei, die künftigen Generationen nicht zu stark zu belasten. Auch wurden Zweifel an der Systemkonformität der Maßnahmen im Sinne der sozialen Marktwirtschaft geäußert.

Auch die Frage der Rolle der Senioren in der Gesellschaft und in politischen Gremien nahm einen breiteren Raum ein, wird doch immer wieder der Ruf laut: „Macht Platz der Jugend!“. In diesem Zusammenhang berichtete von Hennigs von einer kürzlich abgehaltenen Klausurtagung des Bundesvorstandes der Seniorenunion in Münster. Ein beherrschendes Thema war hier auch die Frage der angemessenen Vertretung der Senioren durch Mandatsträger in den Parlamenten und gewählten Gremien auf Landes-, Kreis- und kommunaler Ebene. Angesichts des Anteils der über 60jährigen von rund 25 Prozent an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik entspricht die Zahl der Mandatsträger nicht diesem Prozentsatz. Es ist nicht sinnvoll, auf das Wissen und die Erfahrung der Älteren zu verzichten. Dazu kommt, dass schon heute der Staat ohne die ehrenamtliche Arbeit der Älteren nicht mehr funktionieren würde, weil über 40 Prozent dieser Mithilfe von den über 60jährigen erbracht wird. Eine gute Ausnahme stellt übrigens der Gemeinderat in Backnang dar, da hier die Älteren sehr gut vertreten sind.

„In meinem privaten wie auch politischen Umfeld habe ich den Eindruck, dass sich in vielen Bereichen ein gesunder und sich gegenseitig befruchtender „Mix“ eingestellt hat. Jung und Alt gegeneinander ausspielen zu wollen, ist falsch. Wir brauchen alle“, äußerte sich Norbert Barthle zu diesem Thema.

Bezirksverband Nordwürttemberg

Kreisverband Hohenlohe

Kein Führerscheinenzug für Senioren

Der Kreisvorsitzende der CDU Senioren-Union im Hohenlohekreis, Claus Bernhold, begrüßt die Absicht der Landesregierung, keine regelmäßigen Eignungsprüfungen für ältere Führerscheinhaber einzuführen. Bernhold bezeichnet die Führerscheinrichtlinie der Europäischen Kommission mit der Forderung nach regelmäßigen Überprüfungen lebensälterer Führerscheinhaber als übertrieben und praxisfern. "Die Unfallstatistik zeigt, dass Senioren als Personengruppe am Unfallgeschehen im Straßenverkehr als unauffällig erscheinen", sagte Bernhold. Auch der 47. Deutsche Verkehrsgerichtstag habe sich noch im Januar 2009 dagegen ausgesprochen, von der Ermächtigung der EU-Richtlinie Gebrauch zu machen.

„Alter allein ist kein Grund zum Führerscheinenzug, aber selbstverständlich ist eine Überprüfung dann angezeigt und richtig, wenn im Einzelfall konkrete Anhaltspunkte dafür vorliegen,“ fährt Bernhold fort und appelliert im übrigen an die Eigenverantwortung und an freiwillige Überprüfungen. Dieser Verantwortlichkeit könne gegebenenfalls auch durch ein offenes Wort innerhalb der Familie entsprochen werden, ohne dass es staatlicher Eignungsprüfungen bedürfe.

Mit diesen Rundschreiben per E-Mail wollen wir den Kontakt und den Informationsfluss innerhalb der Senioren-Union, aber auch nach außen erweitern und verbessern.

Es wäre schön, wenn Sie für eine weitere Verbreitung dieser Informationen sorgen könnten. Entweder leiten Sie diese Mail weiter oder Sie teilen uns unter internet@seniorenunion-bw.de weitere Mail-Adressen mit, deren Inhaber sich für unsere Ziele interessieren könnten. Fragen Sie aber bitte zuvor bei den möglichen Empfängern nach, ob diese mit der Zusendung einverstanden sind.

Wenn Sie selbst diese Informationen nicht zu erhalten wünschen, dann senden Sie bitte eine Nachricht zur Abmeldung aus dem e-mail-Verteiler durch Anklicken des nebenstehenden Links [Abmelden](#)